

Der Namensstreit zwischen Mazedonien und Griechenland

2008 ist für Mazedonien das Jahr, in dem sich das Land eine Einladung zur NATO und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zur EU erhofft. Dabei haben sich die Regierungsparteien um Premier Gruevski seit der Veröffentlichung des letzten EU-Fortschrittsberichts sichtlich bemüht, die innenpolitischen Differenzen - zwischen Opposition und Regierung, aber auch zwischen Premierminister und Präsident Crvenkovski – soweit beizulegen, dass die geforderten Reformen noch rechtzeitig vollzogen werden können. Wegen der weitgehend positiven Bilanz der Regierungs- und Parlamentsarbeit in EU- und NATO-relevanten Bereichen hofft man, alle Kriterien bis zum NATO-Gipfel in Bukarest erfüllt zu haben. Allerdings erscheint jetzt unmittelbar vor diesem Termin der Namensstreit mit Griechenland als der größte Stolperstein Mazedoniens auf den Weg in die euroatlantischen Strukturen.

Griechenland droht mit einem Veto sowohl bei der NATO als auch der EU, sollte Mazedonien seinen Namen nicht ändern. Mazedonien, das mit seiner Unabhängigkeit nach dem Zerfall Jugoslawiens unter dem provisorischen Namen „Former Yugoslav Republic of Macedonia“ Mitglied der Vereinten Nationen wurde, nennt sich offiziell „Republik Mazedonien“. Mit diesem Namen mache das Land seine Ansprüche auf ein Gebiet im Norden Griechenlands deutlich, das Mazedonien heißt – obwohl Skopje und Athen 1995 eine Vereinbarung unterzeichneten, die u.a. explizit territoriale Veränderungen ausschließt.

Dieses „Interim“-Abkommen sieht daneben vor, dass – gemäß Artikel 5 – keine Seite den Anderen bei der Ausgestaltung der Beziehungen zu Drittländern behindert: Griechenland wirft Mazedonien aber Vertragsbruch durch die Benennung des internationalen Flughafens von Skopje als „Flughafen Alexander der Große“ vor.

Seit 1993 laufen die bisher ergebnislosen bilateralen Verhandlungen, die unter Beteiligung eines VN-Sonderbeauftragten – des US-Amerikaners Nimetz – regelmäßig auf der Ebene zweier offizieller Verhandlungsführer stattfinden. Nachdem jedoch am 21. Januar eine neue als konstruktiv bewertete Verhandlungsrunde in Ohrid stattfand, hat Nimetz, seit 1999 in diesem Amt, unter Bezugnahme auf die Dringlichkeit einer Einigung am 19. Februar in Athen neue Vorschläge - nach Medienberichten seine letzten - unterbreitet, die beide Länder vorerst vertraulich berücksichtigen sollen, bevor Anfang März – kurz vor dem erwarteten Bescheid über eine eventuelle NATO-Einladung Mazedoniens – über eine endgültige Einigung entschieden werden soll: "Beide Seiten haben ihre eigenen Gründe, diese Problem hinter sich zu bringen und daran zu arbeiten, positive und konstruktive Beziehungen zu etablieren", so Nimetz.

Bisher hat die mazedonische Seite den bilateralen Charakter des Namensstreits betont, Griechenland dagegen die internationale Dimension (sprich: NATO und EU) – obwohl mittlerweile rund 120 Staaten den mazedonischen Namen in ihren bilateralen Beziehungen zu Mazedonien anerkennen. Der neue Vorschlag von Nimetz soll nach Zeitungsberichten fünf Namensvarianten beinhalten und schließlich dazu führen, dass Skopje sowohl seine

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO SKOPJE

HENRI BOHNET

28. Februar 2008

www.kas.de

www.kas.de/mazedonien

bilateralen (inklusive Griechenland) als auch seine multilateralen Beziehungen mit einem einzigen Namen gestaltet.

Beim vorherigen Treffen hatte die mazedonische Seite bereits - bisher erfolglos – die Unterzeichnung einer Deklaration angeregt, in der sich das Land verpflichte, keine territorialen Ansprüche an Griechenland zu haben. Außerdem regte Skopje an, eine bilaterale Expertenkommission zur Untersuchung der strittigen Fragen zu bilden.

Griechenland ist der größte ausländische Investor in Mazedonien, die gesellschaftlichen Kontakte zwischen den beiden Ländern sind eng. Allerdings macht die Praxis der Vergabe von gesonderten griechischen Einreisevisa – zusätzlich zu einem Schengenvisum – für mazedonische Staatsbürger die Problematik der Situation deutlich und veranschaulicht die Notwendigkeit einer endgültigen Lösung des Streits. Denn mit der ultimativen Beitrittsperspektive zu NATO und EU aller Staaten des westlichen Balkans kann Mazedonien nicht für immer von den euroatlantischen Strukturen ausgeschlossen bleiben.